„Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier. Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Ehmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen-, „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Ein mißglückter Streik

Vernunft im Westen. — Radikalismus im Osten.

Wie im letzten Courier schon mitgeteilt, hat der Verband der canadischen Postangestellten ein Ultimatum mit 24stündiger Frist an die Regierung in Ottawa gerichtet und darin offiziell den Streik angedroht, falls den erhobenen Forderungen nicht entsprochen werde. Die Regierung zeigte nochmaliges Entgegenkommen, machte neue Vorschläge zur Verständigung und hielt eine Besprechung mit den Vertretern der streiklustigen Union ab. Die Antwort auf die versöhnliche Haltung der Regierung war, daß die Postarbeiter in Toronto, Montreal, Kitchener und an vielen anderen Plätzen des Ostens auf eigene Faust die Arbeit im Stiche ließen und so gegen den Willen der Dominionleitung ihres Verbandes den offenen Kampf mit der Regierung vor der Zeit vom Zaune brachen.

Es ist bezeichnend und vielsagend, daß dabei gerade Toronto das Hauptzentrum der Aufwiegler und Unruhestifter war und daß dort an die 1700 Leute in einen wilden Streik eintraten. Diesem schlimmen Beispiel der Torontoer Postleute folgten dann ihre Berufsgenossen in anderen Teilen des Ostens. Wir haben schon einige Male auf die bedenklichen radikalen Bestrebungen in Ditcanada, vor allem in Toronto, hingewiesen. In jener Stadt scheinen alle bolschewistischen Geister ihr Stelldichein zu haben. Es wäre wahrscheinlich eine ganz lohnenswerte Arbeit, den linksradikalen Hetzern nicht nur in den Reihen der Postangestellten, sondern auch anderer Berufe in Toronto nachzuspüren und ihnen das Handwerk zu legen. Von Toronto aus — so nehmen wir mit guten Gründen an — führen wohl die Fäden nach Moskau zur dortigen bolschewistischen Weltzentrale, die auch Canada mit der russischen Pest anstecken möchte. Ein anderer Artikel auf dieser Seite spricht das klar aus.

Im Gegensatz zu dem radikalen Gebahren der Postleute im Osten haben die im Westen eine bewundernswerte Ruhe und Vernunft an den Tag gelegt. Folglich trat hier auch keine Störung des allgemeinen Postverkehrs ein. Dafür gebührt den besonnenen Männern, die sich nicht ohne triftigen Grund vom geraden Wege der Pflicht abdrängen ließen, der Dank und die Sympathie des ganzen canadischen Volkes.

Diese Haltung des Westens wie auch die Drohungen von Ottawa, alle streikenden Postleute, die nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Arbeit wieder aufnehmen, zu entlassen, wirkten ernüchternd auf die Heißsporne des Ostens und führten zum Zusammenbruch des Streikes. Möge sein Mißlingen allen zur heilsamen Warnung dienen, die glauben, mit dem vom Radikalismus erhitzten Köpfen durch die dicksten Wände rennen zu können! Möge aber auch das Bewußtsein in allen Kreisen lebendig werden, daß selbst in einem demokratischen Staatswesen eine Staatsautorität existieren muß, die das Wohl der Bürger gegen willkürliche Akte einer Bevölkerungsschicht zu schützen berufen ist. Daraus ergibt sich auch der Unterschied zwischen einem Streike in einer Fabrik und einem Streike in einem Regierungsbetriebe, der den öffentlichen Interessen des ganzen Volkes dient.

Rote Internationale möchte Bolschewismus nach Canada verpflanzen

Bei dem in Moskau eröffneten fünften Kongreß der Dritten Internationale sind 60 Länder durch Delegaten vertreten, darunter die Vereinigten Staaten, Mexiko, Canada und Südamerika. Zu dem diesjährigen Kongreß haben sich 1000 Repräsentanten aus allen bewohnten Teilen der Erde eingefunden. Die amerikanische Delegation besteht nur aus zehn jugendlichen Kommunisten, während Deutschland 40, Frankreich 20, Italien 20, England 10 und Mexiko, Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay und Paraguay je 2 Delegaten geschickt haben. Von den vielen anderen Ländern sind Delegationen von verschiedener Stärke anwesend. Rußlands Delegation ist 136 Mann stark. Darunter befinden sich die hervorragendsten Mitglieder der kommunistischen Partei. In dem Kongreß findet man Vertreter nahezu aller Rassen der Welt. Der Kongreß unterscheidet sich naturgemäß radikal von den großen nationalen politischen Konventen, die in den Vereinigten Staaten abgehalten werden. Die Delegaten kommen aus den entlegensten Winkeln der Erde hier zusammen, nicht um einen Präsidenten und Vizepräsident ihre Partei zu wählen, sondern um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Welt proletarisiert und kommunisiert werden könnte. In den Sitzungen, welche der Kongreß abhält, werden neben dem Hauptproblem der Ausbreitung des Kommunismus über die ganze Welt, auch internationale Wirtschaftsprobleme besprochen, ein Programm für eine Kampagne gegen den Faschismus entworfen und die Frage der freien und selbständigen Entwicklung der Völkerschaften in Kolonialländern einer Beratung unterzogen werden. Die Delegaten der Vereinigten Staaten, Canadas und Südamerikas berichten über die Lage der kommunistischen Partei in jenen Ländern den Spezialkommissionen und es werden Schritte eingeleitet werden, um die Mitgliedschaft der Dritten Internationale dort zu vergrößern. (Wir in Canada bedanken uns für die Tätigkeit dieser „Weltbeglücker", die fürwahr schon genug Elend über die Menschheit gebracht haben. Die Canadier sollten die Bolschewiken ins Pfefferland schicken. Dort können sie die Affen für Kommunismus begeistern.)

Amerikanischer Handel in Japan lahmgelegt

Ueber die Stimmung in Japan gegen die Vereinigten Staaten als Folge des Ausschließungs-Gesetzes macht der in New York eingetroffene Vertreter amerikanischer Firmen in Japan, A. M. Slack, der sich 15 Jahre lang im Reiche des Mikado aufgehalten hat, weitere Angaben. Er sagt, daß der japanische Handel im Werte vieler Millionen Dollars nun den amerikanischen Industrien entzogen und den britischen zugewendet wurde. Es sei amerikanischen Häusern tatsächlich unmöglich, Geschäfte mit Japan zu machen. Amerikanische Schiffe treffen beständig in japanischen Häfen mit Waren ein, die man nicht verkaufen könne.

Die amerikanische Antwort auf den japanischen Protest gegen die Ausschlußbestimmung des Einwanderungsgesetzes wurde vom Staatsamt gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung in Tokio bekanntgegeben. Sie ist freundlich abgefaßt, legt aber klar, daß die Ausschlußklausel in keiner Weise eine Verpflichtung auf Seiten der Ver. Staaten verletzt. Sekretär Hughes weist darauf hin, daß der Kongreß bei Erlaß der Bestimmung völlig in seinem Rechte war und daß die Vollzugsgewalt die Bestimmung durchführen muß. Die amerikanische Note wird allgemein dahin aufgefaßt, daß die Washington-Regierung das Ausschlußgesetz für eine abgeschlossene Angelegenheit ansieht und kein Versuch zur Milderung oder Aenderung seiner Bestimmungen zu erwarten steht. In der Note äußert Sekretär Hughes seine Genugtuung über die freundliche Offenheit der Protestmitteilung, welche ihm der japanische Botschafter am 31. Mai überreicht hatte. Die Note bemerkt auch, daß die in Frage stehende Bestimmung in ihrer praktischen Anwendung von dem Gentlemans-Abkommen, wodurch die Auswanderung japanischer Arbeiter nach den Ver. Staaten verhindert werden sollte, nicht stark abweiche. Der wesentliche Unterschied liege in dem Entschluß des Kongresses, sein Recht auszuüben, um die Einwanderung durch Gesetzgebung zu regeln anstatt dies internationalen Vereinbarungen zu überlassen. Der japanischen Regierung wird ferner mitgeteilt, daß sie von einer weiteren Verpflichtung unter dem Gentlemans-Abkommen nach dem 1. Juli des Jahres, der Zeit der Wirksamkeit der Ausschlußbestimmung, entbunden sei.

Weltumschau

Deutschland

In Berlin tagte der Auswärtige Ausschuß des Reichstags. Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann erörterte in ihm den Expertenbericht; er wurde dabei von Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht und anderen Vertretern der Regierung unterstützt, die an der Ausarbeitung der Richtlinien für die gesetzlichen Maßnahmen beteiligt sind, die sich aus dem Gutachten ergeben. Dr. Schacht unterrichtete den Ausschuß dahin, daß er hoffe, noch in dieser Woche die Verhandlungen über die Gründung der neuen Emissionsbank abschließen zu können. Er erklärte, die Reichsbank würde ihre gegenwärtigen Funktionen beibehalten, aber einer Reorganisation unterzogen werden, die sie in die Lage setze, die ihrer wartenden Probleme zu bewältigen. Reichsfinanzminister Dr. Hans Luther setzte den Ausschuß von dem Plane der Regierung in Kenntnis, die Reichssteuer- und Zollgesetze entsprechend den Expertenvorschlägen einer Revision zu unterziehen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen des Ausschusses nahm die Frage ein, wie weit die kommunistischen Reichstagsmitglieder über Staatsgeheimnisse und andere amtliche diplomatische Neuigkeiten, die sonst den Parlamentsvertretern mitgeteilt werden, unterrichtet werden sollen. Da die Kommunisten dem Vorsitzenden des Ausschusses eine befriedigende Antwort, soweit die Frage der Geheimhaltung in Betracht kommt, nicht erteilten, wird der Gegenstand nunmehr dem Reichstagsplenum unterbreitet werden. Dieses soll die Geschäftsordnung dahin ändern, daß der Ausschuß ermächtigt werden soll, die Kommunisten in Zukunft auszuschließen.

Bezüglich der Einzelheiten dieser Maßnahmen besteht zum mindesten zwischen sämtlichen gemäßigten Parteien Einigkeit darüber, daß das Recht der Immunität auf jeden Fall bei der Strafverfolgung wegen Staatsverbrechen aufgehoben werden müsse. Als Staatsverbrechen haben in diesem Zusammenhange insbesondere Landesverrat und Hochverrat zu gelten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kommunisten den gewaltsamen Umsturz der Verfassung, ja, eine Revolution der sozialen Ordnung in ihrer Gesamtheit herbeizuführen trachten. Für die kommunistischen Führer aber, die dem Reichstage als Mitglieder angehören, bedeutet die Immunität einen Schutzwall bei ihrem Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft. Auch aus diesem Grunde muß das Parlament die Aufhebung der Immunität im Falle von Staatsverbrechen im Interesse des Ganzen für notwendig erachten.

Im einzelnen sollen scharfe Strafen für Störung der Sitzungen eingeführt werden. Dabei sind vor allem lange Ausschließungen von den Reichstags-Session und Entziehung der Diäten und Bahnkarten vorgesehen. Auch soll der Reichstags-Präsident ermächtigt werden, in solchen Fällen Polizeigewalt anzuwenden.

Alle diese Maßnahmen, über die das Parlament nunmehr beraten wird, sind die notwendige und von dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes seit langem als dringend erforderlich erachtete Rückwirkung auf die unwürdigen Szenen, die der republikanische Reichstag besonders bei seiner Eröffnung über sich ergehen lassen mußte.

Die kommunistischen Abgeordneten bewiesen damals, daß sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe als „Volksvertreter" nicht bewußt sind. Ihr beschämendes Gebahren bei Einführung des neuen Reichstages macht eine Verwirklichung der von der gemäßigten Mehrheit des Reichstages geplanten Maßnahmen unbedingt erforderlich.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" begrüßt den Erfolg der Golddiskontbank, die von 34 amerikanischen Banken einen Kredit von 25 Millionen Dollars erhalten hat; das Blatt sieht darin einen Fortschritt, der dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben zum Nutzen gereichen werde. Die Zeitung gibt weiter zu bedenken, daß die Opposition der Rechten gegen die Annahme des Dawes-Gutachtens zerstören können, was Dr. Schacht und die Golddiskontbank säten, um das Vertrauen zur Geschäftswelt und Industrie des Reiches wiederherzustellen.

Die Neigung, aus politischen Gründen aus den deutschen Kirchen auszutreten, ist verschwunden; kirchliche Gemeinschaften gewinnen täglich an Stärke und Mitgliederzahl. Infolge hiervon hat sich die Nachfrage nach Geistlichen gehoben. Studenten der Theologie haben nach ihrer Prüfung bessere Aussicht auf Beschäftigung, als die jungen Leute, welche Medizin oder Rechtswissenschaft studieren. Diese beiden Berufe sind noch immer überfüllt.

Der Hofzug von König Ludwig dem Zweiten von Bayern, der im Starnberger See ertrunken ist, wurde neu hergerichtet und zur Aufbewahrung im Bahnmuseum nach Nürnberg zurückgeschickt. Der Zug kostete ein Vermögen. Der Wagen, der als Wohnzimmer des Königs diente, war prächtig ausgestattet. Die Tische sind aus Marmor, die Stühle aus blauer Seide mit schwerem Goldzierrat.

Frankreich

Die Hauptpunkte der auswärtigen Politik der neuen französischen Regierung wurden von Premier Herriot in der Deputiertenkammer wie folgt, hingestellt:

Die volle Durchführung des Dawes-Planes bei andauernder Besetzung der Ruhr, bis andere Garantien dafür beigebracht werden, daß Deutschland den Plan des internatoinalen Uebereinkommens für gegenseitige Garantien und Sicherheit unter Kontrolle des Völkerbundes erfüllen wird;

Anerkennung der Sowietregierung unter der Bedingung: daß die französischen Interessen in Rußland beschützt werden;

Die Verstärkung der Bande, welche die Alliierten zusammenhalten;

Die Entwaffnung Deutschlands, wie sie im Versailler Vertrag bestimmt ist, soll durch die Alliierten durchgeführt werden, doch sollte der Völkerbund so bald wie möglich die Kontrolle hierüber in die Hand nehmen. Bei dieser Gelegenheit wird hervorgehoben, „daß man sich jetzt der Notwendigkeit gegenübersehe, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker gegen die Rückkehr des nationalistischen Alldeutschtums zu schützen.

Die Regierung würde eine Lösung des Problems der Sicherheit Frankreichs darin erblicken, wenn unter der Kontrolle der Liga Garantieverträge zwischen Frankreich und seinen Verbündeten abgeschlossen werden könnten.

Die Regierung besteht auf der allgemeinen Durchführung des Gesetzes, welches den achtstündigen Arbeitstag festsetzt und räumt allen Regierungsbeamten das Recht ein, sich zu organisieren.

Im sozialen Programm wird erklärt, daß Arbeiter und Bauern das Recht haben sollen, gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit oder infolge hohen Alters durch eine staatliche soziale Versicherung geschützt zu werden.

Die Erklärung war augenscheinlich auf die innere Lage bemessen, hauptsächlich um die Majoritäts-Koalition fester zusammenzuhalten. Die Kommunisten ließen das Kabinett nicht im Zweifel darüber, daß sie ebenso wenig Vertrauen zu Herriot haben, als früher zu Poincare. Ihr Wortführer Cachin griff den Dawes-Bericht mit großer Heftigkeit an, indem er erklärte, derselbe sei darauf berechnet, zunächst Deutschland und dann Frankreich den angelsächsischen Finanzleuten auszuliefern.

In politischen Kreisen wird vielfach erörtert, daß Präsident Doumergue in seiner ersten Botschaft an das Parlament, die von Premier Herriot gegengezeichnet ist, bedingungslos für die Außenpolitik Herriots eintritt. Gleichzeitig wurde der Tatsache Beachtung geschenkt, daß seine Erklärung inbezug auf Deutschland nur wenig von dem Standpunkt, den Millerand und Poincare in dieser Beziehung eingenommen haben, abweicht. Präsident Doumergue erklärt, daß Frankreich „um seinen versöhnlichen Geist zu zeigen" sich beeilt habe, dem Bericht der Sachverständigen über die Reparationsfrage zuzustimmen, er fügt aber hinzu, daß Frankreich nicht nachlassen könne, dem besiegten Feinde gegenüber wachsam zu sein, solange dieser darauf bestehe, sich auf einen Rachekrieg vorzubereiten, anstatt die gemachten und durch Unterschrift bekräftigten Versprechungen einzuhalten.

Die Stelle der Botschaft, wo der Präsident sagt: „Unser Land nährt keine gefährlichen ehrgeizigen Pläne. Es will nur die Zahlung der Wiedergutmachungssumme haben, die ihm feierlich versprochen wurde, und Garantien für seine Sicherheit, die nicht illusorisch sein dürfen," erinnert an Poincares Erklärungen. Auch wird in der Botschaft erklärt, Deutschland müsse Beweise für seinen guten Willen liefern, die durch Tatsachen erwiesen werden müssen und nicht bloß durch eingegangene Verbindlichkeiten, für deren Erfüllung keine Sicherheit gegeben ist. Präsident Doumergue betont, daß Frankreich auf seine vertragsmäßige Kontrolle über Deutschland nicht verzichten könne. Ebenso wie Premier Herriot erklärt auch der Präsident, daß das Ruhrgebiet nicht geräumt werden wird, bevor nicht alle im Dawes-Plan vorgesehenen Garantien gestellt seien.

Premier Herriot erklärte ferner einem Vertreter des „Matin" gegenüber: „Die Kompetenz des General Nollet kann nicht angezweifelt werden. Er kennt besser als irgend jemand sonst die jetzige militärische Lage Deutschlands. Ich wünsche, daß der Ernennung Nollet's die größte Bedeutung beigelegt werde. Deutschland befaßt sich jetzt mit ähnlichen Taktiken wie nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1807, indem es eine große Armee unter dem Deckmantel turnerischer Vereinigungen heranzieht. Unser Kabinett ist von freundlichem Geiste gegen Deutschland erfüllt und wir möchten nach Kräften der jungen deutschen Demokratie helfen, aber wir werden gegen die deutschen Nationalisten erbarmungslose Strenge ausüben. Wir müssen sowohl Frankreichs Rechte wie die Demokratie der Welt aufrecht erhalten."

Nach den Aeußerungen der neuen Männer Herriot und Doumergue zu schließen, wird die in Deutschland erhoffte Entspannung des Konfliktes mit Frankreich wohl nicht zu erwarten sein. Doch Worte sind eben nur Worte. Daher wollen wir unser endgültiges Urteil über die Politik der Regierung Herriot zurückstellen, bis ihre Taten zeigen, weß Geistes Kinder die neuen Führer Frankreichs sind.

Oesterreich

Das Befinden von Kanzler Seipel, der am 1. Juni von einem Arbeiter schwer verwundet wurde, war in den letzten Tagen weniger günstig. Es trat Fieber ein, die Herztätigkeit wurde schwach.

Oesterreich ist es nicht gelungen, den Rat der Völkerliga zu bestimmen, ein festes Datum für die Freigabe des Landes von der Ligakontrolle anzusetzen. Der Rat nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, weitere Einschränkungen seien erforderlich, Oesterreich müsse die im Wiederaufbau-Projekt vorgesehenen Reformen energisch durchführen, sodaß eine tatsächliche Stabilisierung des Budgets erzielt werden könne.

Ungarn

Jeremiah Smith von Boston, Völkerliga-Kommissär für Ungarns finanziellen Wiederaufbau, ist von Genf nach Budapest zurückgekehrt, nachdem er dem Ligarat Bericht über die ungarische Lage erstattet hatte. Vor seiner Abreise benachrichtigte Smith die Völkerliga, daß er für seine Dienstleistungen als Ligakommissär in Budapest keine Bezahlung annehmen werde.

England.

Ohne formelle Ankündigung hat Großbritannien die Beziehungen zu Mexiko insoweit gelöst, als der diplomatische Agent Cummins abberufen worden ist. Außerdem wird eine geplante Anerkennungskommission mit Sir Thomas Hohler an der Spitze aufgegeben. Die Obregon-Regierung wurde von Britannien bisher nicht anerkannt. Durch die Mission von Hohler war ein solcher Schritt beabsichtigt.

Premierminister MacDonald verteidigte im Unterhause die Handlungsweise des diplomatischen Vertreters Cummins, dessen Ausweisung die mexikanische Regierung verfügte. Ohne die diplomatischen Vorstellungen, gegen welche die mexikanische Regierung Einwand erhob, würde Cummins seine Pflicht versäumt haben, sagte der Premier. Die Regierung vermag nichts Anstößiges in ihnen zu sehen. Wenn die auswärtigen Aemter der Welt damit anfangen, sich solchen Mitteilungen zu widersetzen, so gibt es keine diplomatischen Beziehungen mehr.

Schweiz.

Der Rat der Völkerliga tat die ersten Schritte zur Uebernahme der Militärkontrolle über Deutschland durch die Völkerliga, indem er einem Ausschuß von Juristen die Frage zur Begutachtung überwies, ob interessierte Staaten zu einem Sitz in dem Rat befugt sind, wenn der Rat sich mit der Untersuchung militärischer Verhältnisse befaßt. Lord Parmoor von Großbritannien hatte die Sache in Anregung gebracht, als er eine Umfrage über die Obliegenheiten des Ligarats zur Kontrollierung der Wehrverhältnisse Oesterreichs und Ungarns vorschlug. Hierzu bemerkte Henri de Jouvenel von Frankreich, irgend ein Vorgehen in dieser Sache bereite den Weg vor zur Inangriffnahme der deutschen Frage. Der Völkerligarat faßte ferner einen Beschluß, demgemäß die Abrüstungs-Kommission der Liga einen spezifizierten Kontrollplan ausarbeiten soll, falls der Ligarat beschließen sollte, die Militärkontrolle über irgend welche Länder aus den Händen der interalliierten Kommission zu übernehmen.

In Verbindung mit der Ankündigung des Premiers Herriot, daß er entschlossen sei, sich die Dienste der Völkerliga zur Sicherstellung des europäischen Friedens nutzbar zu machen, wurde dem Eintreten des französischen Vertreters de Jouvenel für den obigen erwähnten Vorschlag des britischen Vertreters höchste Bedeutung beigemessen. De Jouvenel erklärte, Frankreich erachte eine Untersuchung über die Zuständigkeit des Ligarats in dieser Sache für äußerst gelegen, da es offenkundig sei, daß die Mächte mit der Zeit rechnen müßten, wann die Kontrolle der interalliierten Kommission an die Liga übergehen wird. Auf seinen Antrag wurden nachstehende zwei Resolutionen angenommen. Die erste sieht die Ernennung eines Juristenausschusses vor, wie eben bemerkt. Zunächst kommen hierbei Rumänien und die Tschechoslovakei in Betracht, die um das Recht eingekommen sind, einen Vertreter im Ligarat zu haben, wenn der Ligarat sich über die Militärkontrolle über die früheren Feindesländer schlüssig macht. Der Völkerligarat wünscht in dieser Sache behutsam vorzugehen und will sich deshalb vorerst des Gutachtens von sachverständiger Seite versichern. Die zweite Resolution wünscht die permanente Abrüstungskommission einen technischen Plan für Uebernahme der Kontrolle zur gegebenen Zeit zu entwerfen.

Italien.

Aus verschiedenen Anzeichen kann man schließen, daß die Führer des Faschismus, besonders aber Mussolini, über die Enthüllungen im Zusammenhang mit dem Fall des seit letzten Dienstag verschollenen sozialistischen Abgeordneten Matteoti sehr beunruhigt sind.

Die Polizei von Genua hat den von hier flüchtig gewordenen faschistischen Schriftleiter Fileppelli verhaftet. Filippo Naldi wurde unter der Beschuldigung, Fillippelli zur Flucht verholfen zu haben, ebenfalls in Haft genommen.

Mehrere Abteilungen der faschistischen Nationalmiliz sind mobil gemacht worden und größere Abteilungen von Polizeisoldaten in Rom konzentriert worden, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Von der Polizei sind verschiedene Faschisten in Haft genommen worden, darunter auch ein gewisser Albino Volfi. Dieser war vor mehreren Jahren der Ermordung eines Sozialisten angeklagt gewesen, wurde aber bei der Verhandlung freigesprochen, da kein lückenloser Beweis für seine Schuld erbracht werden konnte.

Die halbamtliche Stefani-Nachrichten-Agentur meldet, daß Ministerpräsident Mussolini ein elfgliedriges „Direktorium der Faschistenbewegung" ernannt hat, dessen Zweck sein soll, „die Ziele des Faschismus im öffentlichen Leben in genauer Uebereinstimmung mit den Anweisungen der Führer zu verfolgen."

Jugoslavien

Die Slowenische Volkspartei unter der Führung des Dr. Korosec gab ein Manifest heraus, das sich mit der durch die jüngste Kabinettsauflösung geschaffenene Lage befaßt und sie eine revolutionäre Tat nennt. Das äußerst scharf gehaltene Manifest erklärt, daß die Slowenen und Kroaten sich mit den Serben zu einem Staate vereinigt hätten, weil sie des Glaubens waren, daß sie in dem neuen Staate alle ihre nationalen Rechte und Interessen gewahrt sehen würden, die ihnen früher bestritten worden waren und weil sie ferner der Ueberzeugung gewesen seien, da sie als freie Volksgenossen sich individuell entwickeln könnten. Zu diesem Zweck seien die Garantie von Korfu und der Pakt von Genf geschlossen und von dem damaligen Herrscher Serbiens sanktioniert worden. Paschitsch aber habe diese Verträge gebrochen und nach seinen Aeußerungen zu urteilen, nie die Absicht gehabt, sie zu halten.

Polen.

Die polnische Regierung hat den größten Teil der Kronjuwelen verkauft, die sie von der Sowjet-Regierung als Entgelt für das rollende Eisenbahnmaterial erhalten hat, das während der Bolschewiki-Invasion des Landes im Jahre 1920 entweder weggenommen oder zerstört wurde. Der Verkauf wurde durch die Banca Commerziale in Mailand vermittelt und brachte etwa $6,000,000,000 ein. Die Bank hat sich bereit erklärt, eine Anleihe von 400 Millionen Lire für Polen aufzulegen.

Norwegen.

Der Dampfer „King Harold" stieß mit dem norwegischen Postdampfer „Haakon Jarl" zusammen. Letzterer versank und zwanzig Passagiere, meistens Frauen und Kinder, ertranken. Der Zusammenstoß ereignete sich im Vestfjord, zwischen den Lofoten-Inseln und dem norwegischen Festlande.

Rußland

Berichten aus Provinzialstädten zufolge haben hunderte von Geschäftsleuten und Groß- und Kleinhändelsgeschäften ihren Geschäftsbetrieb eingestellt, da die Regierung entschlossen ist, nur Staats- oder genossenschaftliche Unternehmungen zu unterstützen. In Vitebsk haben vierzig Firmen geschlossen und in Wladimir 25. In Jaroslav befinden sich ungefähr 15 Prozent der gesamten kaufmännischen Firmen in Liquidation, während in Irkutsk Privatgeschäfte überhaupt aufgehört haben. Aehnliche Berichte treffen aus Tiflis und anderen kaukasischen Städten ein. In Moskau und anderen größeren Städten ersetzen Staats- und genossenschaftliche Läden rasch die mit Privatkapital arbeitenden Geschäfte.

Die Behörden gehen sehr scharf gegen Zivilisten wie gegen frühere Offiziere in der Sowjet- oder kaiserlichen Armee vor, die als Spione verurteilt wurden. Während der letzten drei Wochen sind mehrere Dutzend Personen wegen Spionage hingerichtet worden. Weitere Todesurteile wurden am vergangenen Sonntag ausgesprochen. Verschiedene Offiziere wurden überführt, insbesondere der polnischen Mission in Leningrad, militärische Informationen verraten zu haben. Die Spionage soll von dem früheren Kriegsminister, General Savinkoff, geleitet worden sein.

Fünf von den siebzehn Richtern und früheren Gerichtsbeamten, die wegen Bestechlichkeit bei der Ausführung der neuen Wirtschaftspolitik zum Tode verurteilt wurden, wurden hingerichtet. Die Todesstrafen von den übrigen zwölf wurden in Gefängnisstrafen verschiedener Länge umgewandelt. Die Bestechungsanklagen gegen die Verurteilten hatten namentlich die Gewährung von Straflosigkeit an Gefangene zum Gegenstand. Achtundvierzig Personen wurden vor Gericht gestellt. Außer denen, die zum Tode verurteilt wurden, wurden sieben zu Gefängnisstrafen von zehn Jahren verurteilt, zwei zu fünf Jahren und acht zu drei Jahren, während eine Anzahl anderer nach Sibirien deportiert wurden. Drei wurden freigesprochen.

Vierhundert Bischöfe, Geistliche und Laien erklärten in einer Konferenz den früheren Patriarch Tichon einen „politischen und religiösen Abenteurer." Die Konferenz ging einem Konklave zuvor, welches von der heiligen Synode der russischen orthodoxen Kirche einberufen worden war, um sich mit deren Haltung gegenüber Patriarch Tichon zu beschäftigen. Die Konferenz beschloß, daß eine Versöhnung mit ihm und seinen Anhängern ausgeschlossen ist. Erzbischof Tichon erließ vor kurzem einen Aufruf zur Zusammenarbeit zwischen der orthodoxen Kirche und der reformierten oder „lebendigen Kirche".

Die Bevölkerung von Moskau beträgt jetzt 1,511,045, von welchen 1,354,754 Russen sind. Von dieser Zahl sind 226,000 als berufsmäßige Beamte eingetragen, 219,000 Arbeiter, 95,000 Arbeitslose und 64,000 häusliche Diener. Unter dem Zaren betrug die Bevölkerung der Stadt etwa eine Million. 416,000 waren Arbeiter, 170,000 Diener und 164,000 Beamte.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, das Gedächtnis an den Erfinder des Sozialismus, Karl Marx, durch die Errichtung eines Denkmals von Riesendimensionen im Herzen Moskaus zu verewigen. Ein Preisrichterkollegium hat unter dem Vorsitz Lunacharskys den Entwurf eines kommunistischen Bildhauers gutgeheißen. Ein riesiges Bronzedenkmal auf gewaltigem Granitsockel ist für den „Vater des Kommunismus" vorgesehen und soll in der Mitte des Theaterplatzes der Großen Oper gegenüber aufgestellt werden. (Die Bolschewiken sollten ihr Geld auch für bessere Zwecke verwenden, vor allem aber zur Linderung der Not in Rußland. Die Sowjetherrscher möchten aber anscheinend den Fürsten früherer Zeiten hinsichtlich der Errichtung von Denkmälern Konkurrenz machen.)

Falsche Gerüchte im Umlauf.

Paketversand des Central Committee von New York wird ununterbrochen fortgesetzt.

Von verschiedenen Seiten sind im Hauptbüro des Central Committee von New York Anfragen eingegangen, ob es den Versand seiner rühmlichst bekannten Nahrungsmittel-Pakete zur Verteilung an Bedürftige in Deutschland einstelle. Dieses Gerücht kann nur in Verbindung mit der Ankündigung des Food Package Departments vom General Allen Committee, welches am 12. dieses Monats seine Tätigkeit aufgibt, entstanden sein.

Es wird betont, daß das Central Committee seine Liebestätigkeit nicht einstellen wird, da die Not in Deutschland dringender als je ist und eine Unterstützung seitens der Verwandten in Amerika erfordert.

Vor einem Jahre zwang die rapide Entwertung der Mark die Notleidenden, sich an ihre hiesigen Verwandten zu wenden mit der Bitte, ihrer zu gedenken. In diesem Jahre ist die Ursache der immer noch bestenden großen Not in der Stabilisierung der Mark zu finden.

Als der deutsche Reichstag im Herbst letzten Jahres das Gesetz annahm, durch welches die nunmehr in Deutschland allein gültige Rentenmark fundiert wurde, hatte man nicht vorausgesehen, daß die Errichtung einer Goldbank in Deutschland ein Jahr in Anspruch nehmen würde. Man hatte vielmehr erwartet, in sehr kurzer Zeit die Rentenmark durch eine Goldmark abzulösen und war daher der Prozentsatz, bis zu dessen Höhe Rentenmark vom deutschen Schatzamt ausgegeben werden durfte, mit nur 3 Prozent des Grundbesitzwertes im Gesetz bestimmt worden.

Diese Summe hat sich als viel zu gering erwiesen. Der Mangel an Umlaufsgeld macht es den Fabrikanten unmöglich, bei den Banken die nötige Kapitals-Unterstützung zu erlangen, sodaß viele Fabriken geschlossen werden mußten. Die Zahl der entlassenen Angestellten, welche bereits im Monat Mai mehr als 500,000 betrug, ist jetzt auf fast eine Million angewachsen.

Es ist nicht ratsam, amerikanisches Geld nach Deutschland zu senden. Laut neuerdings eingegangenen Berichten wird der amerikanische Doll. in Deutschland mit bedeutend weniger als Mk. 4.20 per Dollar eingelöst. Es liegt also klar auf der Hand, daß die üble Erfahrung im Vorjahre sich wiederholen wird, indem die Empfänger des amerikanischen Geldes anstatt Lebensmittel und sonstiges Notwendige dafür zu kaufen, das Geld zur Spekulation mit dem Dollar verwenden werden.

Wer seine Angehörigen lieb hat, der sende ihnen gute, frische, amerikanische Nahrungsmittel, so wie sie vom Central Committee in seinen fünfzehn Paketen zur Auswahl zusammengestellt sind und hat er, somit die Gewißheit, daß seine Spende voll und ganz dem Zweck zugeführt wird, für den er sie bestimmt hatte.

Wer etwas zu essen im Hause hat, wird, wenn er hungrig ist, sich satt essen; wer sich die teuren Lebensmittel erst kaufen muß, wird mit dem geringsten Quantum auszukommen versuchen und sich daher nicht satt essen.

Wir empfehlen allen unseren Lesern die Dienste des Central Committee und sind selbst gern bereit, Bestellungen in unserer Geschäftsstelle entgegenzunehmen.